

Stellungnahme zum Beigeordneten-Bewerbungsverfahren:

„Bei aller verständlichen Aufregung über Indiskretionen im Zusammenhang mit der anstehenden Beigeordnetenwahl und den dazu ausgiebig zelebrierten Betroffenheitsritualen der grünschwärzen Zweckgemeinschaft, bleibt die wichtigste Frage meist im Hintergrund:

Ist jemand für das angestrebte Amt im Vergleich zu den Mitbewerbern ausreichend qualifiziert? Natürlich sagt die Beantwortung der Frage nichts über Wert oder Unwert eines Menschen aus, sicher aber über die Liga, in der er im Berufsleben spielt. Beispielsweise würde sich in einem Krankenhaus auch die allerbeste Pflegekraft nicht auf eine Chefarztstelle bewerben. Im Hinblick auf die zurzeit verabredeten Mehrheiten im Rat glaubte man jedoch, derartigen Tatsachen kein Gewicht beimessen zu müssen. Eine öffentliche Diskussion unter Offenlegung der Fakten sollte unter allen Umständen vermieden werden. Anders ist diese scheinheilige Aufgeregtheit der mehr oder weniger dramaturgisch geschickten Protagonisten nicht zu erklären. Es wird positiv vermerkt, dass Frau Keuchel mutig einen „unfrisierten“ Lebenslauf vorgelegt hat. Diese heutzutage leider wohl nicht mehr übliche und dadurch scheinbar erwähnenswerte Selbstverständlichkeit ist jedoch kein Beleg der Eignung für ein kommunales Spitzenamt. Bereits in der vorgeschalteten Diskussion über einen geeigneten Ausschreibungstext, habe ich mehrfach die Beachtung der Grundsätze der Bestenauslese eingefordert. Dass dies problemlos möglich ist, hat die kurz zuvor erfolgte Ausschreibung und Besetzung des Dezernates 4 bewiesen. Hier wurde einstimmig Herr Von der Heide vom Rat gewählt. Geht doch! Frau K. hat ihre Bewerbung nunmehr zurückgezogen und ist damit aus dem Rennen. Über die wahren Gründe dafür darf munter spekuliert werden. Wenn jetzt aber das angelaufene Verfahren für die in keiner Weise kompromittierten über 20 anderen Mitbewerberinnen und Mitbewerber ebenfalls beendet werden soll, ist das sachlich unbegründet und rechtlich sicher angreifbar. Offensichtlich ist aber im Hintergrund bereits eine Ratsmehrheit für diese Neuauflage geschmiedet worden. Das grüne Versäumnis, einen aussichtsreicheren „Ersatzkandidaten“ ins Rennen zu schicken, soll damit nachträglich geheilt werden. Grünschwartz praktiziert damit genau das, was man der SPD früher immer vorgeworfen hat. Im Hauptausschuss wurde das Thema am vergangenen Mittwoch sowohl im öffentlichen, als auch später im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt. Im „Showteil“, in dem durch verschiedene Wortbeiträge einmal mehr der Eindruck entstehen konnte, Frau K. sei eine Märtyrerin, die ausschließlich an den Intrigen der politischen Gegner gescheitert sei, verstieg sich der Bürgermeister zu der Aussage, seine Stadt sei zur „Bananenstadt“ verkommen. Aber was qualifiziert die Stadt Unna denn jetzt zur „Bananenstadt“ Herr Bürgermeister? Ist es die Tatsache, dass ein durchsichtiger und schlecht eingefädelter politischer Deal geplatzt ist, oder vielmehr doch die Art und Weise, wie er trotzdem durchgezogen werden sollte? Dennoch ist nichts final entschieden. Der Rat könnte immer noch beschließen, dass die Stellenbesetzung aus dem Pool der zahlreichen und hinreichend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber vorgenommen wird. Dazu bitte einfach nur einmal die Parteibrille absetzen und zum Wohle unserer Stadt entscheiden. So haben es alle Mitglieder des Rates geschworen.“

Klaus Göldner